

UB-Parteitag

4.6.2016 in Solingen

Beschluss

- Der Unterbezirk Solingen der SPD fordert die SPD-Fraktion des Landestages NRW, die SPD-Fraktion des Bundestages, die SPD-Fraktion des Europäischen Parlaments, den Landesvorstand der SPD und den Bundesvorstand der SPD auf, die folgenden Grundsätze zu TTIP zu verfolgen:
 1. Die SPD **lehnt jedes Handelsabkommen ab, welches die Situation der Entwicklungsländer weiter verschlechtert**. Sie will nicht Verursacherin weiterer Flüchtlingsströme sein.
 2. Die SPD **setzt sich mit all ihren Kräften für die Wiederbelebung der WTO ein**, um so hunderte bilaterale Abkommen zu verhindern, die den globalen Handel völlig unübersichtlich machen und verteuern.
 3. Die SPD **lehnt jedes Handelsabkommen ab, welches Negativlisten vorschreibt**. Stattdessen **fordert sie das Positivverfahren für alle Bereiche**, um ein hoch komplexes Verhandlungsverfahren, wie das jetzige zwischen den USA und Europa, mit seinen verschiedenartigen kulturellen Vorstellungen und Standards durchführbar zu machen und um individuelle, einzelstaatliche Entwicklungswege weiter zu ermöglichen.
 4. Die SPD **lehnt jede Form privater Schiedsgerichte ab**, und damit jeden Versuch, den Wirtschaftssektor aus dem nationalen bzw. europäischen Rechtsraum auszugliedern. Nationales und europäisches Recht darf nicht einem privaten Wirtschaftsrecht unterliegen.
 5. Die SPD **lehnt Stand-still- und Ratchet- bzw. Lock-in Klauseln ab**, weil es für sie als moderne, fortschrittliche Partei keine Vereinbarungen geben kann, die eine gesellschaftliche und ökonomische Weiterentwicklung verunmöglichen wollen.
 6. Die SPD **lehnt den „Regulatorischen Kooperationsrat“ als Frühwarnsystem für neue Gesetze und Standards ab**. Dieser Rat überprüft keine gesellschaftliche, nationale Gesetzeskonformität, sondern Standards, die allein die Wirtschaft und ihre Lobbyvertretungen aufstellen und sich aus den Regeln des Investitionsschutzes ableiten. **Zu überprüfen wäre stattdessen eine soziale, ökologische, rechtliche, gesamtwirtschaftliche und internationale Folgenabschätzung**.
 7. Die Punkte 3 bis 6 stellen einen Angriff auf das gesellschaftliche, politische, rechtliche und wirtschaftliche Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland dar. **Sie müssen in ihrer Gesamtheit abgelehnt werden**.

Begründung

TTIP stoppen – den Platz schaffen für einen gerechten Freihandel!

In Erwägung, dass durch das Freihandelsabkommen TTIP

die weltweiten Unterschiede zwischen Arm und Reich – global, national, regional – zunehmen werden und die kleinen und mittelständischen Unternehmen i.d.R. nicht die Gewinner des Freihandels sind,

das Vertrauen in die Politik und die Rechtsstaatlichkeit weiter schwindet und die Souveränität der EU sowie ihrer Mitgliedsstaaten beschädigt wird,

soziale Standards, ökologische Standards, technische Standards, die in langen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen errungen wurden, eingefroren oder wieder abgebaut werden,

alle bekannten, der SPD nahe stehenden Organisationen, wie der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Friedrich Ebert Stiftung, die Hans Böckler Stiftung, der Deutsche Städtetag, viele Gutachten von unabhängigen Instituten europäischer und amerikanischer Universitäten usw., zu der einhelligen Meinung gekommen sind, dass die Auswirkungen von TTIP überwiegend negativ sind und nur einige wenige Auftragsgutachten der EU positive Elemente sehen,

neuere Enthüllungen von Greenpeace über die TTIP Verhandlungsführung von Seiten der EU und den USA den kritischen Stimmen Recht geben und bisher gutmeinende Begleiter, wie „Die Süddeutsche Zeitung“ (Vergleich Kommentar von dessen Chefredakteur Heribert Prantl vom 1.Mai 2016 „Realität der TTIP-Verhandlungen übertrifft die dunklen Ahnungen noch“ sowie Leitartikel aus „Der Spiegel“ 19/2016 von Michael Sauga „Der Westen – oder nichts“) nun eindeutig einen Freihandel nach den Vorstellungen von TTIP ablehnen,

es von den Betreibern dieses Gesetzes ein eindeutig erkennbares Anliegen ist, neoliberales Denken, neoliberale Handlungsprinzipien und Strukturen in unser gesellschaftliches, rechtliches, politisches und wirtschaftliches System zu implementieren und unumkehrbar zu machen,

die Leitlinien: Negativlisten, Investitionsschutz durch private Schiedsgerichte, regulatorische Zusammenarbeit durch einen regulatorischen Kooperationsrat aus Vertretern der EU, den USA und Lobbyisten sowie Stand-still- und Ratchet-Verfahren als zusammenwirkendes Ideologiekorsett und Steuerungsinstrument eingeführt werden sollen.

Gleichwohl wissen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, dass eine globalisierte Welt mit einem Freihandel, der kein Selbstzweck ist, sondern der Gestaltung einer gerechten, sozialen Welt mit einer nachhaltigen Wirtschaft dienen soll, bewusst gestaltet werden muss. Wozu aber nicht hunderte bi-laterale Handelsverträge notwendig sind, die eine Unzahl hochbezahlter Wirtschaftskanzleien mit hochbezahlten Wirtschaftsjuristen notwendig macht, sondern die Stärkung der übernationalen UN-Organisation (WTO) erfordert, der auch die Interessen kleiner Staaten und Entwicklungsländer angemessen berücksichtigt.

Adressaten: SPD Konvent, Landesparteitag, SPD-Bundes-und Landesvorstand, SPD-Fraktionen im Landtag, im Bundestag und im EU-Parlament

Angenommen

Abgelehnt

Überwiesen an _____